

Zwei St. Galler Ärzte kassierten je 1,8 Millionen für IV-Gutachten

Wahlungen bei WAMU/SP

Kategorie	WAMU	SP
St. Gallen	25%	15%
Sarganserland	20%	10%
Rorschacher Tal	15%	5%
Ob- u. Nid Sargans	10%	5%
St. Gallen (Stadt)	5%	5%



Die beiden Ärzte kassierten je 1,8 Millionen für IV-Gutachten. Die IV-Gutachten sind ein zentraler Bestandteil der Gesundheitsleistungen in der Schweiz. Die Ärzte sind für die Erstellung dieser Gutachten verantwortlich. Die Kosten für diese Gutachten sind in der Regel durch die IV (Invalidenversicherung) gedeckt.



Die beiden Ärzte kassierten je 1,8 Millionen für IV-Gutachten. Die IV-Gutachten sind ein zentraler Bestandteil der Gesundheitsleistungen in der Schweiz. Die Ärzte sind für die Erstellung dieser Gutachten verantwortlich. Die Kosten für diese Gutachten sind in der Regel durch die IV (Invalidenversicherung) gedeckt.



Nadine Masshardt, Nationalrätin und Wahlkampfleiterin der SP.

Nach dem Frauenstreik **SP** lanciert zwei Initiativen

Die Genossen giessen die Forderungen der Streikenden in zwei Volksbegehren – für Elternurlaub sowie Lohngleichheit.

Am Frauenstreik vom 14. Juni gingen Hunderttausende auf die Strasse. Die grösste Demonstration der jüngeren Schweizer Geschichte rückte die Forderung nach Gleichstellung der Geschlechter ins Zentrum der politischen Debatte. Und dort sollen sie auch bleiben, wenn es nach der Linken geht: Die SP wird zwei Initiativen lancieren, welche die Anliegen der Streikenden aufgreifen, wie Nationalrätin Nadine Masshardt (34, BE) gegenüber SonntagsBlick erklärt.

Das erste Volksbegehren fordert einen Mutter- und Vaterschaftsurlaub von je mindestens 14 Wochen plus zusätzlich zehn Wochen, welche die Eltern untereinander frei aufteilen können.

Die zweite Initiative verlangt die Durchsetzung der Lohngleichheit. Während das Parlament grössere Unternehmen lediglich zu Lohnanalysen verpflichtete, verlangen die Genossen nun Sanktionen gegen jene Betriebe, die Frauen schlechter bezahlen. **Es sei klar, so Masshardt, «dass ein zahnloses Gesetz zu Lohngleichheit und läppische zwei Wochen Vaterschaftsurlaub der Bevölkerung nicht genug sind».**

Bevor die Delegierten Ende November die weiteren Schritte beschliessen, sucht die Partei nun Allianzpartner.

Vor zwei Wochen hatte sie insgesamt sechs mögliche Initiativ-Projekte vorgestellt und bis vergangenen Freitag der Öffentlichkeit zur Auswahl gestellt. Rund 2800 Personen nahmen an der Onlinebefragung teil.

Dabei schwebten die Vorlagen zu Lohngleichheit und Elternzeit mit 800 bzw. 752 Stimmen oben aus: **«Die beiden Anliegen haben sich klar als jene erwiesen, die die Bevölkerung am meisten beschäftigen».** Das zeigte der Frauenstreik und hat unsere Umfrage ergeben», sagt Masshardt.

Weitere Vorschläge gelten einem Ausbau der Hilfe für Opfer von Gewalttaten, der Einführung einer 35-Stundenwoche, der Anrechnung von Care-Arbeit in der Altersvorsorge und dem verfassungsmässigen Recht auf «bezahlbare» Krippenplätze.

Das Ergebnis der Umfrage bedeutete aber nicht, dass diese Anliegen nicht weiter verfolgt würden: «Im Gegenteil, wir werden diesen Forderungen auf parlamentarischem Weg Nachdruck verleihen», sagt Masshardt. ●

SIMON MARTI